
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

VORZEITIGER RUHESTAND FÜR BEAMTE: 62 PROZENT SCHEIDEN AUS PSYCHISCHEN GRÜNDEN AUS

27.03.2018

- **1100 Frühpensionierungen sind ein Warnsignal**
- **Forderung nach Präventionsmaßnahmen**
- **70 Prozent der Betroffenen sind Frauen**

62 Prozent der hessischen Landesbeamten, die in den vergangenen drei Jahren vorzeitig in den Ruhestand getreten sind, schieden aus psychischen Gründen oder wegen Verhaltensstörungen aus. Dies geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag hervor. Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang GREILICH, wollte unter anderem von der Landesregierung wissen, aufgrund welcher Ursachen Beamte vor Erreichen des regulären Ruhestandes nach Hause geschickt wurden.

Die psychischen Störungen führen die Liste der zugrundeliegenden Erkrankungen bei weitem an. 13 Prozent der Frühpensionierungen waren auf Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems, 8 Prozent auf Krankheiten des Nervensystems und 6 Prozent auf Neubildungen zurückzuführen. Alle übrigen Krankheiten machen 13 Prozent der Pensionierungsgründe aus. Die Zahl der Frühpensionierungen belief sich zwischen 2015 und 2017 nach Angaben des Innenministeriums auf 1100.

Greilich dazu:

„1100 Frühpensionierungen sind ein Warnsignal. Wir können es uns gerade in der Zeit des zunehmenden Fachkräftemangels nicht leisten, wertvolle Mitarbeiter auch noch durch vermeidbare Krankheiten zu verlieren. 62 Prozent Frühpensionierungen wegen

psychischer Probleme zeigen deutlichen Handlungsbedarf auf Seiten der Landesregierung. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn zwingt zu verstärkten Präventionsmaßnahmen.“

54 Prozent dieser Fälle fielen im Bereich des Kultusministeriums an, 20 Prozent im Innenministerium und 14 Prozent im Finanzministerium. Nach Laufbahngruppen aufgeschlüsselt war der gehobene Dienst in 62 Prozent der Fälle betroffen, der höhere Dienst zu 22 Prozent und der mittlere Dienst zu 16 Prozent. Die Aufteilung nach Geschlecht lag bei 70 Prozent weiblich und 30 Prozent männlich, hieß es weiter in der Antwort des Innenministeriums.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de